

Bezugspreis:

Wochenschrift, 10.50 M., monatlich 3.00 M., ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt u. Zeit" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Eine neue Gefangenennote.

Kautskys Buch im Ausland.

Die "Vol. Parl. Nachr." veröffentlichen eine Aufschrift von "sehr erster parlamentarischer Seite"...

Die Sache selbst ist, wie wir schon sagten, ein schlimmer Skandal. Kautsky war seinerzeit amtlich mit der Herausgabe der deutschen Akten über den Kriegsausbruch betraut.

Nach seinem Rücktritt ging der Auftrag auf Professor Schüding und Graf Montgelas über, die in ständigem Einverständnis mit Kautsky die Veröffentlichung vorbereiteten.

Jetzt plötzlich, unmittelbar vor der Veröffentlichung dieser Akten, erscheint als "Veilage der Times" und des "Nieuwen Rotterdamischen Courant" ein Buch Kautskys...

Veruche, die vorzeitige Auslandsveröffentlichung zu verhindern, scheitern uns ganz ausichtslos. Deswegen aber braucht man nicht auf den Heim derer zu warten...

Man möge also diese Verhöhnung so scharf, wie es sich gebührt, verurteilen, dann aber mit ruhiger Objektivität an das Studium der Akten und des Buches über die herantreten.

In der deutschen nationalen Presse werden verschiedene Fälschungen mit den Schwünzen. Angeblich aus Entrüstung über den "Kautsky-Skandal"...

Reaktionärer Angriff auf Major Kaupisch.

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Von ultrareaktionären Kreisen wird hart gegen Major Kaupisch Stimmung gemacht.

fälschlichen Angriff

hervor, der sich vor einigen Tagen in der Reichstraße in Charlottenburg abspielte. Major Kaupisch wurde am 28. November, abends, bei einem Spaziergang mit seinem Führer von drei Zivilisten angesprochen...

Um die Freilassung der Deutschen.

Direkten Nachrichten aus Paris zufolge hat sich der Fünfererrat erneut mit der Frage des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt...

Nach dem "Temps" soll die Note in sehr klaren und genauen Ausdrücken gehalten sein, was sich eigentlich von selbst verstehen sollte...

Von der Vulkanwerft.

Bisher ist eine Entscheidung in der Frage der Arbeiterentlassung der Vulkanwerft in keiner Richtung gefallen.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und der Vulkanwerft werden fortgesetzt.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und der Vulkanwerft werden fortgesetzt. In der Stadt ist alles ruhig.

Neue Friedensverhandlungen in Dorpat.

"Politiken" meldet aus Reval, daß heute in Dorpat die Friedensverhandlungen zwischen Estland und Sowjetrußland wieder aufgenommen werden.

Man erwartet, daß diesmal bestimmt ein Waffenstillstand als Vorläufer des Friedensschlusses zustande kommt.

Litwinow erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der "Daily Herald", Sowjetrußland verfolge keine imperialistischen Ziele.

sch durch die Flucht zu entscheiden, da Major Kaupisch mit Rücksicht auf sein ihm begleitendes Kind von der Schutzwaffe keinen Gebrauch machen wollte.

Major Kaupisch konnte feststellen, daß mit den drei Angreifern noch zwei Uniformierte in Verbindung standen, die ebenfalls sofort die Flucht ergriffen.

Das Attentat bedeutet noch etwas mehr als die Rohheit einiger Randos, in Verbindung mit dem Briefe des Obersten Bauer bedeutet es das freche und unverschämte Treiben der Reaktion...

Wir vermischen in der Mitteilung des Reichswehrministeriums jede Schlussfolgerung: Was geschieht z. B. mit Oberst Bauer, der einen Offizier wegen seiner treuen Pflichterfüllung schwer beleidigt?

Ferner: Was wird geschehen, um die Stellung des verdienstl. Majors Kaupisch zu festigen? Wir haben schon vor Wochen ein reaktionäres Resseltreiben gegen Major Kaupisch festgestellt.

Schließlich und vor allem: Major Kaupisch war bis vor kurzem Führer der etwa 2500 Mann starken Wachabteilung bei der Kommandantur, der einzigen durch und durch republikanisch gefonnenen Truppe...

Baumeistersche Lügen.

Albert Baumeister fährt fort, seine Korrespondenz an die Presse zu versenden und sie dadurch besonders interessant zu machen, daß er Geschichten über den "Vorwärts" aufstischt.

In seiner Ausgabe vom 29. November behauptet Baumeister, es sei in der "Vorwärts"-Redaktion wegen des Halbes Sturz zu "hässlichen Auseinandersetzungen" gekommen.

Ferner behauptet Baumeister in derselben Ausgabe, wir hätten von Sturz uns übergebenes Material veröffentlicht.

In seiner Ausgabe vom 1. Dezember setzt Baumeister den Lügenfeldzug gegen den "Vorwärts" fort. Er behauptet u. a. von der Redaktion:

Ihr (der Redaktion) erster Akt nach der Veröffentlichung durch die B.S.-Korrespondenz war eine Sitzung mit dem Parteivorstand, in der allen Entschlossenheit von gewandter Seite der Vorschlag gemacht wurde...

Diese Sitzung der Redaktion mit dem Parteivorstand ist ein Phantasienerzeugnis Baumeisters. Sie hat niemals stattgefunden.

Der "Vorwärts" weiß, daß ich alles tat, um Veröffentlichungen zu verhindern und die Sache durch ein Forum von Parteigenossen zu erledigen.

Der "Vorwärts" weiß, daß Baumeister alles getan hat, damit die Sache nicht durch dieses Forum von Parteigenossen erledigt werden konnte.

Aber noch mehr! Die Konferenz vom 27. September hat von Baumeister verlangt, daß er als Urheber der Angriffe einen Brief an Sturz schreibe...

folgte Baumeister durch den Abg. Davidsohn übermittelte werden. Baumeister hat niemals den von der Konferenz verlangten Brief geschrieben. So sehen Baumeisters Bemühungen aus, den öffentlichen Skandal zu verhindern!

Im übrigen weiß die Redaktion des „Vorwärts“ aus eigener Anschauung zur Genüge, welche Beziehungen jahrelang zwischen Baumeister einerseits und Marx-Felphand andererseits bestanden. Danach mag sich Baumeister keine Frage, warum wir uns nicht an ihn wenden, selber beantworten. Wir wenden uns an Baumeister so wenig um Auskunft wie an Marx.

Wenn wir im Interesse des Raumes und der Leser auf die anderen Baumeisterischen Behauptungen ähnlichen Kalibers nicht eingehen, so ist daraus nicht etwa zu schließen, daß wir ihre Richtigkeit anerkennen. Nur würde es Seiten erfordern, den Wust von Verdrehungen und Entstellungen aufzuzählen. — Einstweilen stellen wir fest, daß Baumeister „im Parteinteresse“ Schwindelnachrichten über den „Vorwärts“ und den Parteivorstand in die bürgerliche Presse lanciert.

Streiklage in Bitterfeld.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden fortgesetzt. Im Bitterfelder Revier ist alles ruhig. Der Andrang der Arbeitswilligen zu den Arbeitstätten war heute, Dienstag, noch größer als gestern. Es sind z. B. in der Grube Leopold mehrere hundert Arbeiter eingefahren. Es besteht begründete Aussicht, daß es in allen schwerden Fragen zu einer Einigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern kommen wird.

Schäfer nennt sich einen Schurken.

In der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung in der vorigen Woche hatte Dr. Müffelmann (Dem.) ein Druckerzeugnis von dem ostpreussischen Professor Dr. Dietrich Schäfer vorgelesen, in welchem die Kinder andersgläubiger Eltern „gemein, unfähig auf deutscher Erde geborene Menschen, Berräter am Vaterlande, nur weil angestrichelt und nicht angelesen zu werden“ genannt werden. Herr Müffelmann hatte solche, die Jugend verleitende Worte aus der Feder eines Hochschullehrers mit Recht standlos genannt, und die links stehende Presse hatte in ihrem Bericht von dieser Stadtverordnetenversammlung die Kritik Müffelmanns gebührend unterstrichen, was schließlich aber „ein Flugblatt“ als Ablagerungsplatz der Besinnungslosigkeit bezeichnet.

Daraufhin schreibt Dr. Dietrich Schäfer dem demokratischen Redner einen Brief, worin er ein solches Flugblatt als Fälschung hinstellt; daß aber mein Name mit einem solchen Flugblatt in Verbindung gebracht wird, ist einfach eine Schurkerei, deren Tendenz ihren Ursprung nur zu deutlich verrät. Ich habe nie etwas Ähnliches geschrieben, gesagt oder auch nur gedacht. Sondern erzwänge, daß Dr. Müffelmann als Opfer einer „lieblichkeitsreichen Fälschung“ bereit sein würde, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung Schäfers Brief zu verlesen.

Das ist auch geschehen. Dr. Müffelmann verlas aber auch gleichzeitig die dem Herrn Schäfer überlieferte Antwort, in welcher es heißt, daß diese unglaublichen Worte eines Jugenderlebens nicht in einem Flugblatt, sondern in der „Nationalen Jugend“, dem Organ des deutschen nationalen Jugendbundes vom 28. September 1910, zu lesen seien und daß der an leitender Stelle stehende Artikel mit diesem Herrn Schäfer unzulässig klingenden Namen gezeichnet sei: Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Vergessene Beamte.

Man schreibt uns: Die Wirtschaftsbefähigung, die durch Beschluß der Landesversammlung in Höhe von 600 Mark für unbeschäftigte und 1000 Mark für verheiratete Beamte im September 1910 an die Beamtenhilfe zur Auszahlung gelangte, wurde durch Beschluß des Finanzministers am 27. Oktober auf die unbeschäftigten Steuerfunktionsbeamten ausgedehnt und an die Regierungen

mit der Anweisung zur sofortigen Auszahlung der fälligen Rate weitergegeben.

Am 24. November wurde auf verschiedene Anfragen von der Regierung zu Potsdam die Antwort ertheilt, daß ein Beschluß des Reichstags noch nicht eingebracht sei (innerhalb von 4 Wochen also). Cofientlich wird namentlich die Rate beschleunigt ausbezahlt, damit die Unterstützung nicht erst nach Weihnachten zuteil wird.

Unabhängiger Parteitag.

Zweiter Tag, Mittwoch.

Leipzig, 2. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Diese Auseinandersetzung, bei der die Gemüter sehr scharf aufeinander blühten — man machte sich in Zwischenrufen sehr heftige persönliche Vorwürfe — dauerte geraume Zeit.

Simon-Kürberg erbat das Wort, um dem Parteitag Mitteilung zu machen von einem merkwürdigen Vorgang, von dem er Kenntnis erbalten habe. Es hatten hier in Leipzig Mitglieder der Parteileitung mit dem Leiter der Zentrale der kommunistischen Partei, Dr. Leon aus Frankfurt a. M., Gespräche über parteiliche Fragen gehabt. Das sei ein Vorgang, der geeignet ist, die Einheit der Partei und deren Selbstständigkeit zu untergraben; er mache daher den Parteitag auf diesen Vorgang aufmerksam. (Hört, hört! Bewegung und Anruf, Jubel links.)

Parteivorsitzender Gröber erklärt, daß er von Verhandlungen mit einer anderen Partei unter Beteiligung von Mitgliedern der Parteileitung nichts wisse. (Hört, hört!) Von der Parteileitung sei niemand beauftragt gewesen zu solchen Verhandlungen, und die Parteileitung sei gewillt, die Beschlüsse der Partei innezuhalten und durchzuführen. Alles, was die Parteileitung tue, werde in voller Offenheit verhandelt und durchgeführt.

Stöcker: Es handelt sich um eine ganz wichtige Sache. Genosse Leon hat uns mitteilen lassen, daß er gern und persönlich kennen lernen möchte. Wir haben selbstverständlich bei dieser Zusammenkunft auch über die K. P. D. gesprochen. Ich gebe zu, daß wir die Hoffnung ausgesprochen haben, der Parteitag werde sich für die dritte Internationale in unserem Sinne (des linken Flügels) entscheiden. Ich habe dann auch die Frage gestellt, wie sich die K. P. D. stelle bei unserem Antritt, und darauf hat Genosse Leon erklärt, daß für diesen Fall ein Stützpunkt der K. P. D. in der Internationale freizubehalten sei. (Anhaltender Lärm und große Bewegung.) Das sind die ganzen Dinge. Wenn man nicht schädel gegen uns kämpft, so ist das sehr traurig. (Stärklicher Beifall links, Unruhe rechts.)

Simon-Kürberg: Wo einfach scheint mir die Sache doch nicht zu sein. Ich frage den Genossen Stöcker, wie der linke Flügel sich verhalten hätte, wenn jemand von der Parteileitung „zufällig“ eine Aussprache mit Reichsozialisten gehabt hätte. (Lärm: Das ist gar nicht etwas anderes! — Köhneklötzer bei der Linken und stürmische Zurufe: Habt Ihr nicht auch verhandelt?)

Der Redner kann sich kaum Gehör verschaffen, so daß Vorsitzender Ripstein wiederholt eingreift und bittet, auch der gegenteiligen Meinung Achtung entgegenzubringen.

Simon (fortfahrend): Wenn ein Mitglied der Parteileitung mit einer anderen Parteileitung verhandelt, so ist das gar nicht so harmlos, wie es hier hingestellt wird. Es müßte sofort dem Parteitag von diesen Verhandlungen Mitteilung gemacht werden. (Zehrtafel und Zustimmung.) An anderer Stelle werden wir nachweisen, daß wir fortwährend durch die Sonderziehungen der anderen Seite auch geschädigt waren, Besprechungen zu haben, aber daß ein Mitglied des Parteivorstandes mit einem anderen Parteivorstand heimlich verhandelt, heißt einzig in der Geschichte aller Parteien da. (Zustimmung und Unruhe.)

Wass-Hoffmann (Rechts): Der Parteivorstand hat keine Sonderrechte. Ich werde immer mit jemand sprechen, wenn er mich anpricht. Meine Antwort wird davon abhängen, ob er Reichsozialist oder Kommunist ist. Ich beantrage, gegen diese Simon'sche Teufelsaustreibung zur Tagesordnung überzugehen. (Geisterliche Zustimmung.)

Wass (Rechts): Es ist das hier ein eigentümliches Vorgehen des Genossen Simon, da, wie ich bestimmt weiß, er in der früheren Partei sich an Sonderziehungen hervorgetan hat. (Simon: Sehr wohl!) Unsere Genossen in der Parteileitung müssen das Recht haben, die Auffassung der Mehrheit in der Par-

tei kennen zu lernen. Der Vorwurf, daß wir mit einem Kommunisten verhandelt haben (Zuruf: Entsetzlich!) ist ganz unberechtigt. Ich bin zufällig auch dabei gewesen, es war gar keine Verhandlung. Es leugnet aber die Kampfbroschüre, die ich von jener Seite erhielt, daß man diesen formalen Vorgang in dieser Weise vortreibt. Der Genosse Leon hatte sich an der Wohnung des Genossen Geber mit noch drei Parteigenossen eine Besprechung. Genosse Simon über Auffassung ist sehr eng und beschränkt, wenn man uns verdrängen will, mit einem Kommunisten, man er auch der Parteileitung der K. P. D. angehört, im Parteinteresse zu sprechen. Das ganze Brimborium geschieht in Ruhe.

Dr. Geber steht hervor, daß das besonders Bedauernde sei, daß hier verhandelt worden sei mit einer Partei, die uns täglich beschimpfte. Es handelt sich bei dieser ganzen Sache um eine Frage des Tates und der Taktik.

Ein Redner aus Kiel macht darauf aufmerksam, daß auch noch andere Treiberien vor dem Parteitag stattgefunden haben. Sein Redaktionskollege, von dem man vermutlich annahm, daß er auf dem linken Flügel stand, habe Briefe erhalten, in denen es heißt, daß die Genossen der K. P. D. auf dem Boden des Reformsozialismus der Diktatur stehen und nicht wollen, daß die Partei noch rechts gedrängt werde. Auskunft über die Stimmung in Kiel haben wollten, da ihm mitgeteilt worden sei, daß die Parteigenossen in Kiel Reizung nach rechts hätten. Die linksstehenden Genossen in Kiel sollten daher mit ihnen in Verbindung stehen. Unterzeichnet war der Brief: Mit Parteigrüß über Kurt Geber. (Gelächter und Lärm.) Es scheint, daß die Parteigenossen derartiges für zulässig halten. Es ist eine Gemeinheit, wenn man uns als rechtsstehend bezeichnet.

Dr. Geber-Leipzig: Genosse Geber hat keine Legitimation, uns Vorwürfe zu machen. Er stand in Pöbelnahnahme mit kompromittierten Führern der Reichsozialisten und hat sich in der Nationalversammlung um den Vorkauf eines Vorstandsmitglied besprochen. (Hört, hört!) Mein Brief ist erklärt angelesen des Treibens im Lande, die Partei mit den Reichsozialisten zusammenzubringen. Niemand kann mich hindern, meine Meinung zum Ausdruck zu bringen, sonst würde man die Meinungsfreiheit unterbinden. (Zustimmung und Widerspruch.)

Wassmann-Frankfurt a. M. tritt den Ausführungen Gebers entgegen. Er bemerkt auch den schon vorher von Simon zur Sprache gebrachten Vorgang, daß man auf dem Parteitag für einen Antrag Stöcker mit falschen Angaben Unterschriften gesammelt habe. Die Mitglieder hätten der Parteileitung von der Besprechung mit Dr. Leon sofort Mitteilung machen müssen. Das Verhalten des Genossen Leon verurteilt er ebenso, wie das der anderen. Wir besinnen es, daß in unserer neuen Partei solche Treiberien vorkommen. Wir haben auch Briefe geschrieben in der alten Partei, aber das geschah im Kampf gegen eine andere Weltanschauung. (Lebhafter Jubel und Unruhe.)

Wassmann (in heftiger Erregung mit der Faust auf den Tisch schlagend): Wir sind genau so Revolutionäre! (Stürmischer Beifall und Lärm.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Das Programm der belgischen Sozialisten.

Auf dem außerordentlichen sozialistischen Parteitag, der sich, wie schon bekanntgegeben, mit außerordentlich großer Mehrheit (1400 gegen 152 Stimmen) für die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ausgesprochen hatte, gab vor Beginn der Verhandlungen Van der Weide das Programm bekannt, auf das sich die Parteien geeinigt hatten. Das Programm lautet in seinen wesentlichen Punkten:

Allgemeines, gleiches Wahlrecht für alle Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, Abschaffung oder Demotransformation des Senats, Abschaffung der Militärstrafkraft, Herabsetzung der sozialen Besteuerung, Abschaffung des Kräfte 210 des Gesetzes gegen das Verbot des Streikrechts, Reglementierung der Heimarbeit, Verwaltung der Eisenbahnen durch ein autonomes Regime und Fortentwicklung des Unterrechts.

Die belgischen Sozialisten treten also mit einem außerordentlich maßvollen und zurückhaltenden Programm in die Regierung ein.

Es sind nur wenige große Fälle, die für Volkswirtschaft und ähnliche Verhandlungen, die für politische und andere große öffentliche Versammlungen in Frage kommen. Diese wenigen großen Fälle sollen nun in einem ungewandelten werden. Mit dem schönen Saal der Erbkerei Heidebrichs soll der Anfang gemacht werden. Geld spielt natürlich keine Rolle. Es wird ungefähr das Doppelte geboten von dem, was der Richter bisher bezahlt hat und die Hälfte mehr, als er ab 1. Januar bezahlen soll.

Diese Gefahr trifft alle politischen Parteien gleichmäßig und nicht minder die großen Parteien, die die Kunst (Belang um) im Falle stehen. Es wird daher Zeit, daß die Arbeiterklasse sich um diese Dinge kümmert. Dieser Kampf muß gemeinsam geführt werden. Wir wollen fest Taten sehen.

Die Sozialisierung oder Kommunifizierung löst sich aus Mangel an Mitteln augenblicklich nicht ermöglichen. Doch hat unsere Fraktion in der Nationalversammlung einen Weg gezeigt, der sofort gangbar ist: durch die Reichsozialisten muß ein allgemeines Verbot gegen Eröffnung neuer Kinos ergeben, solange wir aus den Schwierigkeiten der Kohlenversorgung nicht heraus sind. Dieser Weg muß gegangen werden. Das sind wir unsere Volk, unserer Jugend schuldig.

Um uns die Fälle zu erhalten, sehe ich keine andere Möglichkeit, als die wenigen großen Fälle, die wir noch haben, zu kommunifizieren. In den von neuer Fälle ist augenblicklich ja nicht zu denken. Darum müssen wir uns die schon oder noch vorhandenen Fälle zu erhalten suchen. Bewußt, das Objekt ist nur klein, so daß man fast hundert könnte, daß wir nur zu solchen kleinen Sozialisierungsversuchen den Mut fänden. Aber die Sache ist doch zu ernst, als daß wir uns durch Spott zurückweichen lassen dürfen. Gerade weil der Gegenstand nur klein ist, wird er finanziell wenig Schwierigkeiten machen. Und der kulturelle Wert, der aus ihm erwächst, ist doch unendlich groß!

In diesem Kampf stehen Reichsozialisten und Unabhängige Schulter an Schulter. Gaffen wir, daß es ihnen in gemeinsamer Arbeit gelingt, unser Volk vor dem Weitergreifen der Geweide zu schützen.

Kurt Heidebrich

„Die im Schatten leben“, das bekannte Grubenarbeiter-Drama von Rosa Novak, bildet seit gestern den Spielplan des Hoftheaters. Die Aufführung war achtunggebietend, alle Rollen wurden so trefflich gemessen, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die eine oder die andere hervorzuheben.

Schau und Kunst, das politische-literarische Kabarett im Großen Schauspielhaus, hat als Musikanten für das Programm verabschiedet: Gertrud Grottel, Helene Klotz, Hans Junge mann, Richard, Karl von Wangenheim, Hans Marthausen. Die Texte stammen von Theodor Tiger, Richard, Walter Rehring, Wangenheim. Ferner wird ein politisches Marionettenspiel (Figuren und Dekorationen von George Grottel, Leitung Walther Becker) vorgeführt und ein Karicaturenfilm, gezeichnet von Walter Tiger.

Heber feyerliche Aufführung durch Magnus Dirckfeld am 4. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula, Gabelstr. 24, im Auftrage des „Vollständigen Bundes“.

Haus Dillmann für ein Bild. In der Kellerei der Galerie des Herzogs von Hamilton wurde für ein Gemälde von Rembrandt („Der Abzug des Grafen von Bedford“) der unerhörte Preis von 550000 Pfunden bezahlt. Das Bild ging nach Amerika.

Als Deutscher in Berlin.

Stoffenjer eines Reisenden.

Von Herbert Gulenberg.

Die Sache beginnt höchst ungemütlich zu werden. Man kommt in Berlin an. Man befolgt seit je den schönen englischen Brauch: „Wohne über deinem Stand.“ Das heißt, möglichst gut; und gibt infolgedessen dem Diensthelfer, wenn man endlich schwachbedeckt einen ergrüht hat, ein der besten Hotels an. Ehrfroh schauelt man, von einem untergeordneten Gaul im Schneidentempo gezogen, dorthin. Der Wächter empfängt einen von vornherein mit abweisenden Blicken. Die belagen: „Auch du noch?“ Dann fragt er gleich, die verächtlich von oben bis unten mustern: „Haben Sie auch Bekleid?“ Man bejaht es und folgt dem zögernd Voranschreitenden. Schon ist man auf nichtigem Gutes mehr gefahrt. Untermwegs auf der kurzen Strecke bis zum Hotelportal hängen sich, wie früher in Reapel oder in Nigler oder noch tiefer unten, Duzende Straßenhändler an einen, die einem durcheinander „bestes Privatlogis“ ganz in der Nähe anbieten. Wädhlich von ihnen befreit, sieht man schließlich möglichst früh und beschleunigt vor dem Empfangsbureau, aus dem einem früher freundlich oder ehrerbietig Begrüßungen entgegenkamen. Wädhlichste Vergangenheiten! Jetzt nennt man kaum bewußt, kurz wie bei einem Bedienten seinen Namen und beruht sich auf die Depesche, die man gefandt habe.

Stimmungslos muß der Herr im Gebrod, etwas aufgetaut, die vor ihm liegenden Zimmerpläne. Wie früher ein Generalfeldher über seinen Karten bestrich, so wendet er die mit Kreuzen und Strichen voll bemalten Blätter hin und her. Angewand befolgt man seine Gebärden und seine Gesichtszüge, ob man aus ihnen wie Wahrsagerinnen aus dem Ruffeion etwas mitmachen könne. Da! O Schreck! Er zuckt die Achseln und bebauert lebhaft. Aber es sei völlig unmöglich, einen unterzubringen. Das ganze Hotel sei von oben bis unten besetzt. Man fragt ganz ängstlich und kleinlaut, ob nicht doch noch ein ganz winziges Zimmer frei sei. Beantwortet, daß man seit Jahren schon komme, fast alles besetzt, was man in der Stilleigkeit über sich Unwes und Vorteilhaftes anzufügen weiß. Erneutes verzweifeltes Prüfen der Pläne durch den Herrn im Gebrod. Erneutes Bedauern und Ablehnen seinerseits zum Schluß. Mit der Entschuldigung: „Ja! Denn nicht die ganze zweite Etage für die Amerikaner belegt wäre!“ Oder wenn wir nicht zweiwöchentlich Franzosen hätten aufnehmen müssen!“

Verzweifelt schreit man weiter, nachdem man vergebens seine letzte Heberredungsfrist aufgeschoben hatte. Im Fortbegehen durch die Halle stellt man höchstens noch mit Bedauern fest, wie schändlich vernachlässigt das mit einem Stern im Säbel geschmückte Haus allerersten Ranges ausfällt, und wie lächerlich die kostbaren Teppiche von den französischen Curfchen abgetreten worden sind. Grinsen

empfangt einen draußen der Kutscher, den man vorläufigerweise noch behalten hat. Mit den angenehmen Worten: „Lei hab' id mir fleisch bedacht.“ Und ingrimmig versucht man es nun anderswo. Fast überall an allen besten Hotels die gleiche ablehnende Auskunft. Nur das es ein andermal die Engländer sind, die ein oder mehrere Stodwerte für ihre Missionen beantragen haben. Zu seinem Trost bekommt man zuweilen wie während des Krieges von Kriegsgewinnlern den Bescheid dazu gegeben: „Das wird noch jahrelang so dauern.“

Übertrieben oder nicht, diese Zustände sind so läßig, so zeitraubend und arbeitsschwendend für jeden, der davon betroffen wird, daß die Regierung unbedingt hier beizutreten muß. Man räume oder richte doch eines oder mehrere der verstreuten Schiffer unter Schöpfung ihres etwaigen geschäftlichen Wertes als Hotels für die fremden Kommissionen ein. Weder die Franzosen noch die Engländer und Amerikaner werden damit unzufrieden oder ungehalten sein, wenn man ihnen eines der Schiffer von „Quaianne“ als Unterkunft während ihres Aufenthaltes in Berlin anweisen wird. Stöcker und Besser kann man sie ja überhaupt kaum einquartieren als in solchen chateaux oder palaces. Und die für den allgemeinen Fremdenverkehr in Berlin aufgedauten Hotels können damit wieder zu ihrer alten Bestimmung zurück, während sie augenblicklich zu besten Kellern erniedrigt worden sind.

Gerade, wenn es „noch Jahre dauern kann“, muß man entschlossene Vorkehrungen treffen. In Ruhe und Gütlichkeit werden sich abgeben von dem vorgeklagten, auch noch andere Mittel finden lassen, um diesem unerträglichem Nöthstand abzuwehren, der dem deutschen Reisenden heute fast den doch gelegentlich für ihn unbedingt notwendigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt unmöglich macht. Denn dies Argument wird schließlich weder von Clemenceau noch von Lloyd George auf die Dauer stichhaltig bestritten werden können, daß in Deutschland außer den fremden Kommissionen auch noch Deutsche vorhanden sind.

Die Kinofunde. Es kann, es darf nicht mehr so weiter gehen. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und vor der Gefahr die Augen zu schließen.

Unser Volkswort ist wirtschaftlich reich und fruchtbar. Aber die Kinowirtschaft lebt, blüht und gedeiht auf ihm wie ein echter Parasit. Tausende Tausende haben kein Licht — die Kinos erschöpfen Abend für Abend in feuchter Hitze. Unser Eisenbahnverkehr strotzt aus Mangel an Kohlen. Unsere Industriebetriebe stehen — aus Mangel an Kohlen. Unsere Wohnungen sind kalt. Aber in den Kinos ist es warm, traumhaft mollig und warm. Und während der Bau von Bahnen, die Arbeit der Zementfabriken ruht, und mit dem Bau von Wohnungen nicht begonnen werden kann, sind für die Kinos, die neu gebaut werden, Baumaterialien genug vorhanden.

Und nun droht die Kinofunde in ein neues, atütes Stadium zu treten. Das Kino droht, die großen Säle mit Beschlag zu belegen.

